

Person, Motivation

Frage: Wer ist (Vorname, Nachname)? - Stellen Sie sich bitte kurz vor (Wohnort, Familie, Beruf ...).

Kerstin Täubner-Benicke, wohnhaft in Starnberg seit 1991, aber auch 7 Jahre Kaufering, 2 Jahre Landsberg, 2 Jahre Germering. Verheiratet. 4 Kinder, 2 Enkelkinder. Assistentin bei der Ev. Landeskirche bei der Beauftragten für Rundfunk und Fernsehen beim Bayerischen Rundfunk. Germanistik Studium.

Frage: Warum bitten Sie um das Votum der Wähler?

Deutschland, Europa und die Welt stehen am Scheideweg. Es geht mehr denn je darum, für unsere Werte einzustehen: Demokratie und Menschenwürde, Freiheit und Mitmenschlichkeit. 2017 haben wir die Wahl zwischen Hoffnung und Angst, zwischen Menschlichkeit und Hass. Ich will einen echten Politikwechsel vom Abwarten der Großen Koalition hin zu ökologischem Fortschritt und einem sozialen Europa. Ich will Veränderung. Die Grünen stehen für Verantwortung für die nächsten Generationen. Wer das will, muss grün wählen.

Pflege und Kommunen

Im Siebten Altenbericht werden mehr Kompetenzen und Handlungsspielräume der Kommunen gefordert. Beispielsweise sollte ein direkter Einfluss auf die Pflegeinfrastruktur ermöglicht werden, um die Situation vor Ort beeinflussen zu können.

Frage: Wie stehen Sie dazu, die Altenhilfe als kommunale Pflichtaufgabe zu verankern?

Ja unbedingt. 3. Pflegestärkungsgesetz nicht ausreichend, sieht nur Ausweitung der Beratungsmöglichkeiten durch Kommunen vor. Wir finden, dass Kommunen die Möglichkeit erhalten sollen, die Initiative bei der Pflegeberatung, Pflegeplanung und Vernetzung der Angebote zu ergreifen, und auf Wunsch auch die Koordination zu übernehmen. Damit ein effizientes Hilfenetz entstehen kann. Die Beratung soll unabhängig und neutral erfolgen. Einführung eines Förderfonds unter Beteiligung der Pflegeversicherung. Oder Mittel aus dem Programm Soziale Stadt. *Live-Stellen* in den Kommunen

Entscheidungen über die Bedarfe von Personengruppen können nicht ohne die Beteiligung der betroffenen Personen, oder adäquater Vertreter/innen, gefällt werden. Hierfür sind adressatengerechte Beteiligungsverfahren notwendig, insbesondere, um schwer erreichbare Zielgruppen zu beteiligen.

Frage: Wie kann man solche Aushandlungsprozesse gestalten?

- Partizipation einer der Grund-Dimensionen des guten Lebens.
- Bisherige Modelle sind runde Tische, leiden an Unverbindlichkeit
- Gremien einführen, z.B. Gesundheits- und Pflegebeiräte, VertreterInnen von Patienten und Pflegebedürftigen auch in den Qualitätsausschüssen
- die Stärkung von Beiräten: direkt und verbindlich einbeziehen und
- Verankerung von Seniorenmitwirkungsgesetzen in Kommune und Land.
- Beispiel: Aktionsplan Lk. Starnberg Inklusion

Wie kann bezahltes / ehrenamtliches Engagement von aktiven Senioren dabei weiter gestärkt werden?

Antwort:

- Fortbildungsmöglichkeiten bis in Rentenalter im Beruf (Weiterbildung ermöglichen)
- Angebotsstruktur schaffen (Beispiel Kobe Starnberg) durch Kommunen
- LIVE-Stellen (Lotsen- Informations- und Vernetzungsstellen)
- Netzausbau, Onlineplattformen

Pflege und pflegende Angehörige

Die Entlastung und Unterstützung der pflegenden Angehörigen wurde mit dem PSG II verbessert. Die Möglichkeit zur Inanspruchnahme ist aber häufig nicht gegeben, z.B. wegen fehlender Kurzzeitpflegeplätze, aber auch wegen fehlender Fachkräfte.

Frage: Was sollte getan werden, um eine Umsetzung des verbesserten Anspruchs in der Praxis flächendeckend zu ermöglichen?

- Antwort: - bis 10 Tage Sonderurlaub pro Jahr für Akutpflege, ähnlich wie Erziehungszeit eine Pflegezeit
- LIVE Stellen

Ein weiteres Problem ist darin zu sehen, dass Verhinderungspflege oftmals nicht in Anspruch genommen werden kann, weil ambulante Pflegedienste kein Personal haben.

Frage: Was kann getan werden, um Fachkräfte für Pflegeberufe zu gewinnen?

Antwort:

- deutlich bessere Bezahlung
- Bereitstellung von Betriebswohnungen
- Stundenreduzierung (Beispiel Schweden)

Frage: Wie kann die Gesetzgebung den Nachteilen entgegenwirken, die Männern und – überwiegend – Frauen in der Karriere und bei der eigenen Altersversorgung entstehen, wenn sie Sorgearbeiten übernehmen?

- Pflegezeit: Lohnersatzleistungen für 3 Monate
- Anrechnung in der Rentenversicherung ist bereits vorhanden. Aber reicht wahrscheinlich nicht.
- Rückkehrrecht auf Vollzeit

Wie kann die Attraktivität und Wertschätzung der Pflegeberufe gestärkt werden? Sind Imagekampagnen zielführend oder sind verbesserte Rahmenbedingungen (z.B.: Pflegeschlüssel), Durchlässigkeit der Zugangswege zur Ausbildung (aber nicht durch Schnellschüsse wie „Schleckerfrauen“) notwendig und wie können diese erreicht werden?

Antwort:

- Stundenreduzierung
- Aufwertung des Pflegeberufs: gestufte Ausbildung, Studienmöglichkeiten, Durchlässigkeit erhöhen zwischen Pflegeberufen erhöhen
- Gesundheitsprogramme für Pflegende
- Supervision, Weiterbildung

Wohnen im Alter

Der größte Teil der älteren Menschen möchte im gewohnten Umfeld wohnen bleiben. Dies gilt auch dann, wenn die Selbstständigkeit und/oder Mobilität eingeschränkt ist oder ein zunehmender Hilfe- oder Unterstützungsbedarf vorliegt.

Frage: Was wird getan, um bezahlbaren barrierefreien Wohnraum zu schaffen?

Antwort:

- schon jetzt ein Fehlbestand von 2 Millionen Wohnungen,
- war Fehler des Bundes sozialen Wohnungsbau an Länder abzugeben. Der Bund muss zurück in die Verantwortung. Öffentliches Geld für öffentliche Güter. neue Wohnungsgemeinnützigkeit
- Sofortprogramm auflegen
- Mittel des Bundes von 1 Mill. auf 2 Mill. verdoppeln
- Vorkaufsrechte für Bewohner, welche sich zu Genossenschaften zusammenschließen wollen
- Wohngeld verbessern
- Mietsteigerungen begrenzen, Spekulation beenden
- bundeseigene Liegenschaften
- KfW Programm „Altersgerecht umbauen“ aufstocken auf 100 Millionen

Frage: Ist es möglich, die Einflussnahme älterer Menschen auf die Bauleitplanung zu stärken?

Antwort:

- Seniorenbeiräte einbeziehen
- sich kommunal engagieren

Um das Wohnumfeld angemessen zu gestalten, ist ein aktives Quartiersmanagement erforderlich. Wie kann der Bund Kommunen bei der bedarfsgerechten Quartiersentwicklung unterstützen?

Antwort:

- sog. Bewegungsfreiheitsbonus für den Abbau von Barrieren im Stadtteil,
- regelmäßige Berichte der Städte an den Bundestag über Umbau, damit Förderprogramme angepasst werden können
- Qualifizierung der Kommunen aus den Landesministerien in NRW und RLP“ Landesbüro altersgerechte Quartiere“; durch Servicestellen oder Projekte (KoQuMa)

Wie kann es gelingen, insbesondere im ländlichen Raum, die Nahversorgung (Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, ÖPNV...) zu gewährleisten?

Antwort:

- Dorfläden,
- Aufhebung der Trennung von Leben und Arbeiten: statt Gewerbegebieten und Supermärkten draußen auf der Grünen Wiese
- ärztliche Versorgung und Kliniken
- Schulen im Ort lassen und die Kirche im Dorf
- Lebensqualität

Wie kann sichergestellt werden, dass bei konkurrierenden Werten wie Denkmalschutz und Barrierefreiheit bei altersgerechten Umbauten im Bestand letzteres den Vorrang erhält?

Antwort:

- schwierige Frage, nicht pauschal zu beantworten, beides wichtige Werte; Lösung muss in einem Abwägungsprozess in den Kommunen Bsp. Kurparkschlösschen Herrsching

Alterssicherung

Was werden Sie tun, um Altersarmut künftig zu vermeiden und jedem eine angemessene Rentenhöhe zu gewährleisten? Ist eine Rentenversicherungspflicht für alle denkbar oder kann eine Mindestrente, bspw. für Beitragszahler mit 40 Beitragsjahren, ermöglicht werden?

Antwort:

- Rentenniveau stabilisieren, und Beitragssatz in vernünftigen Verhältnis, Umbau zur Bürgerversicherung, Verbreiterung der Einnahmen durch Einbeziehung aller Einkommensarten und von Freiberuflern, Beamten,
- steuerfinanzierte Garantierente
- verbesserte Grundsicherung im Alter
- Riester ist gescheitert
- bezahlbarer Wohnraum
- existenzsicherndes Einkommen, auch für Frauen (Ehegattensplitting)
- Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit

Frage: Wie stehen Sie zur Einführung einer Maschinen- bzw. Computersteuer, um Defizite in der Rentenkasse auszugleichen und Arbeitgeber weiterhin angemessen an der Rentenfinanzierung zu beteiligen?

Antwort:

- wann damit einsteigen, woran soll sie sich bemessen? Weiteres Problem: Verlagerung von Tätigkeiten ins Ausland. Momentan werden von einigen Unternehmen ins Ausland verlagerte Tätigkeiten wieder zurückgeholt.
- Steuerflucht der Unternehmen beenden durch europäische Harmonisierung, Transparenzpflichten. Mehr Steuerprüfer einstellen.
- Wohl im Zusammenhang mit einem bedingungslosen Grundeinkommen zu sehen, momentan scheint dieses nicht finanzierbar bzw. es fehlt noch der politische Wille, eine differenzierte Betrachtung vorzunehmen. Aber Modellversuch bereits im Koalitionsvertrag von S-H. Spannend.

Die Grundsicherung ist teilweise nicht ausreichend, um die Lebensführung eigenständig zu bestreiten – insbesondere bei zunehmendem Unterstützungsbedarf und/oder Krankheit.

Frage: Ist es denkbar, weitere Einkommen(sarten) bei der Grundsicherung weniger umfassend zu berücksichtigen, um eine Existenz sichernde Versorgung zu gewährleisten?

Antwort:

- Grundsicherung neu bemessen. Kulturelle Teilhabe und Mobilität aber auch Krankheitskosten nicht ausreichend gewürdigt.
- Wohngeld erhöhen,
- für Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten sollte es auch anrechnungsfreie Pauschalen geben (wie bei der Einkommenssteuer)
- Geschenke (bis zu einer Geringfügigkeitsgrenze) sollten nicht angerechnet werden
- private Altersvorsorge müsste on top erfolgen, ungerecht, dass es erst verbraucht werden muss

- Meine Vision ist das armutsfeste bedingungslose Grundeinkommen.

Beratung und Information

In den verschiedensten Bereichen steht eine Vielzahl von Beratungsangeboten zur Verfügung. Dabei ist für Laien nicht immer erkennbar, wer welches Angebot erbringt, in welcher Form es erbracht wird und ob Kosten hierfür anfallen. Dabei sollte unabhängige Beratung generell kostenfrei erreichbar und für alle Zielgruppen zugänglich sein. Hier ist bspw. an angemessene Auskunftszeiten und niedrighschwellige Hilfsangebote (Behördenbegleiter oder Automatenhelfer) zu denken.

Frage: Wie können kostenfreie und neutrale von kommerziellen Angeboten abgegrenzt und entsprechend kenntlich gemacht werden? Wie kann flächendeckend der Zugang zu kostenfreien und neutralen Beratungsangeboten sichergestellt werden? Hier ist insbesondere auch an die neue Teilhabeberatung gem. dem Bundesteilhabegesetz zu denken. - LIVE-Stellen, kommunale Angebote ausweiten.

Es ist auch bekannt, dass z.B. viele ältere Menschen ihre Rechte nicht in Anspruch nehmen, weil sie sie nicht kennen/verstehen oder sich in ihrer Würde gekränkt fühlen, wenn sie „auf dem Amt schlecht behandelt werden“.

Frage: Wie können Verwaltungsmitarbeiter/innen und Dienstleister in ihrer Beratungskompetenz (pädagogisch, psychologisch) besser auf die Beratung älterer Menschen vorbereitet werden, damit Beratung „ankommt“ und Altern in Würde auch in diesen Bereichen möglich ist?

- Schulung, Supervision, lebenslanges Lernen

Schlussfrage:

Vervollständigen:

Das sind für mich die wichtigsten Bestandteile seniorengerechter Politik:

4 Dimensionen im Konzept „Gut leben im Alter“:

- soziale Sicherheit (Bürgerversicherung, Garantierente, bezahlbarer Wohnraum),
- Gesundheit und Prävention (Pflegezeit, Beratung, Kommunen einbeziehen, Nahversorgung),
- Selbstbestimmtheit (keine starren Altersgrenzen, mehr Anreize für Barrierefreiheit, alternative Wohnformen, Soziale Stadt)
- und Partizipation (Weiterbildung, Digitalisierung, Beirat).